

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Besitzpreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbjährlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postleitlinie Dresden Nr. 16600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsstelle: Dresden-21. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Drahtannahmestelle: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Abzugspreis: Die neuromal gesetzte Abzugspreisliste oder deren Raum 0,30 RM. für Familienangehörige 0,20 RM. für die Zeitungswelt anschließend an den bestellbaren Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Drahtannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer am Sonn- und Feiertag / In Süßen höherer Gehalt besteht kein Anspruch auf Lieferung oder auf Zurückzahlung des Besitzpreises

3. Jahrgang

Gonnabend, den 27. August 1927

Nummer 200

Belagerungszustand in Hamburg

Panzerautos für die Wiener Polizei — Auszeichnungen für die Arbeitermörder — Kundgebungen in Boston

Die Mitschuldigen

E.M. Opportunisten sind Politikanten, deren Taten nie den gebrauchten, starken Worten entsprechen. Die Führer der sozialdemokratischen Partei sind bisher immer wortkraftig gewesen, stets bemühten sie sich nach außen anders zu scheinen, als sie es auf Grund ihrer Handlungen sind. Weil also zwischen Worten und Taten der sozialdemokratischen Führer, die sich selbst gern "Linke" nennen, eine immer stärker sichtbar werdende Kluft entsteht, sind wir im Interesse der Vorauswärtsentwicklung der Arbeiterschaft öfters gezwungen, diesen Widerspruch in der Arbeiterschaft aufzudecken. Die Ausenverschwendungen mit den Führern der sozialdemokratischen Partei pflegen wir nicht aus Meinung, also nicht aus Liebe am Seile; vielmehr sind es die miserablen Erfahrungen der deutschen Arbeiterschaft und unser ernsthaftes Bestreben, der Arbeiterschaft einen Ausweg aus dem Zusammenschrumpf reformistischer Politik zu zeigen und nachzuweisen, daß sich hinter den brüllenden Löwen in der SPD-Führung nur fromme US-Schafe verbirgen.

In einem Artikel "Mitschuldige am Justizmord" haben wir in der Mittwochsausgabe Nr. 197 den Nachweis gezeigt, daß die Führung der sozialdemokratischen Partei zu Lebzeiten der amerikanischen Revolutionäre Sacco und Vanzetti nichts Durchgreifendes tat, um den Mordern in den Arm zu fassen. Wir waren auch zu der Feststellung gezwungen, daß der Beitragsvorstand der Sozialdemokratie Ost Sachsen die Ausforderung der Kommunistischen Partei, gemeinsame Protestkundgebungen durchzuführen, mit albernen Beleidigungen ablehnte. Erst als der elektrische Stuhl Sacco und Vanzetti verbrannt hatte, sagten wir, sind von ihr Protestkundgebungen vorgesehen worden.

Diese Feststellung, die wir mit Taten und Tatsachen stützen, sind weit über den Kreis unserer ständigen Leser hinaus verstanden worden. Unzählige sozialdemokratische Betriebsarbeiter haben die Sozialität und die Sabotage der kommunistischen Vorbühne durch die SPD-Führer schärf verurteilt. Wir sind unterrichtet, daß sozialdemokratische Arbeiter in großer Zahl am Weltmarkt vorstellig wurden, daß sie in Gruppenabenden und anderen Versammlungen den Führern zum Vorwurf machen, weil sie vor der Ermordung Saccos und Vanzettis nichts, aber auch rein gar nichts Interessantes getan haben. Unsere Feststellungen in Nr. 197 und die Erregung der sozialdemokratischen Arbeiter haben die Führer der SPD geradezu kopflos gemacht. In der Donnerstag- und Freitag-Ausgabe der Dresdner Volkszeitung werden wir ein über das anderemal „Kruppello“ Verleumder, Verbrecher der Wahrheit, „Strebenden“ usw. gekämpft, die „faulose Aktionen“ vorzuschlagen, „die in Wirklichkeit nur die Proletarbewegung schwächen müßten und lediglich von partei-spezifischen Motiven geleitet waren“. Nicht auf die Schimpfepreise und Kraftausdrücke reformistischer Führer wollen wir eingehen. Darin sind sie zweifellos härter als wir. Beschäftigte aber wollen wir uns etwas näher mit der Behauptung, daß die von der Kommunistischen Partei gemachten Vorschläge „faulose Aktionen“ bezweckt haben, wie der Beitragsvorstand der SPD Ost Sachsen in der Freitag-Ausgabe der Dresdner Volkszeitung behauptet. Schon in der Donnerstag-Ausgabe der Dresdner Volkszeitung lassen wir etwas anderes. Dort wird in einem Satz all das gegen uns ins Feld geführte Geschimpf entgegengesetzt und gefragt: „Die Rettung Saccos und Vanzettis jedoch konnte nur durch die rasche Wirkung eines gewaltigen Proletärturms erzielt werden, oder gar nicht?“ Das ist ja gerade das, was wir behaupten, was die Kommunistische Partei im Reichsmäntel und im Ost Sachsen von den Führern der Sozialdemokratie forderte. Ist es denn Schuld der Kommunisten, wenn die Führer der Sozialdemokratie vor dem Morde an Sacco und Vanzetti nichts taten, ist es ein Mistel, der den Kommunisten anhaftet, wenn von ihnen gemachte Vorschläge von den reformistischen Führern der Sozialdemokratie abgelehnt, die von der Kommunistischen Partei allein in Angriff genommene Rettungsaktion von eben diesen Führern sabotiert wurde, Sacco und Vanzetti durch diese Sabotage im elektrischen Stuhl Platz nehmen mußten? Wegen sich die Führer der sozialdemokratischen Sozialdemokratie brechen und winden wie sie auch wollen, mögen sie den Rostpfeilen gleich, Schimpfepfeilen loslassen, der von uns erhobene Vorwurf, daß sie nicht getan haben, was getan werden konnten und getan werden mußte, bleibt an diesen Führern hängen. Und weil sie im Reichsmäntel sowohl wie in Ost Sachsen zur Auslösung eines Massenprotests und Streikbewegung nichts getan haben, müssen sie am Tode der beiden amerikanischen Revolutionären mitschuldig gesprochen werden.

Wir wissen: die Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter, die den Widerspruch zwischen Worten und Taten bei ihren Führern erkennen, wird immer größer, und dadurch mit der Kommunistischen Partei in einer immer engen Kampffront geführt werden. Die Arbeiterschaft auf den Boden des revolutionären

Die KPD und die Volkszeitung in Hamburg verboten

Hamburg, 27. August. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Grund des Artikels 48, Abs. 4 der Verfassung hat der

hamburger Senat die hamburgische Volkszeitung bis auf weiteres verboten und der KPD, dem KVB und allen mit ihnen in Verbindung stehenden Organisationen alle Versammlungen und Umzüge untersagt. Verboten wurden nicht nur öffentliche Kundgebungen, Demonstrationen und sonstige Veranstaltungen der KPD, sondern auch innerparteiliche Zusammenkünfte, so daß die Verordnung faktisch den Verbot der Kommunistischen Partei

ersetzt. Aber hinter ihnen sammelte sich die Unzufriedenheit, die sozial Aufbegehrten, die große Masse der Bevölkerung, die in die Städte den Gegner jagen. Die Staatsgewalt stand gegen die aufbegehrnde Rebellion."

Die Nachausgabe des Hugenbergschen Tag erklärt:

"Sacco und Vanzetti haben den Weg des Todes beschritten, weil es eine Nöte, aber unbefriedbare Staatsräson war vorbereitet."

Die Deutsche Tagesszeitung erklärt: „Unter dem Druck des Terrors mußte die Staatsgewalt ihre Aufgabe erfüllen.“

Unverhüllt und offen erklären hier die kapitalistischen Blätter, daß die Ermordung erfolgte, um die Macht der bestehenden Klasse zu demonstrieren und zu befestigen. Aber dieser Tod hat die Massen mobilisiert. Er hat der Klassenjustiz die Macht abgerissen. Die Menge begehrte auf. Aller Hohn, alle Empörung über die Klassenjustiz in allen Ländern fand in den gewaltigen Zuständen seine Entladung. Die herrschende Klasse fürchtet die Empörung der Massen, deswegen setzte sie als Machthaber mit aller Brutalität ein. Die bestehende Klasse und ihre Laien wußten: der Zorn der Massen galt nicht nur den Henkern jenseits des Ozeans. Deswegen ließen sie mit allen Mitteln ein, um die Empörung der Massen einzudämmen oder niederrzuschlagen; die linken Sozialdemokraten nahmen die bekannte Methode, die Empörung als Strohfeuer verbrennen zu lassen, die passivistische, demokratische Gesellschaft mit Brüchen von Gerechtigkeit, die Schergen mit Gummiknüppel und Gewehr die Bewegung niederschlagen.

Sie wußten: das Volk fühlt seine eigenen Henker, deswegen bauen es auf. So schrieb die Germania: „Wenn es sich nur um die Frage schuldig oder nicht schuldig handelt, steht man angesichts der Bewegung, die durch die ganze Welt geht, wie vor einem Rätsel“ — und der antisozialdemokratische Volksstaat schreibt gestern: „Sie die Bewegung, „Revolution“ nennt sie der Volksstaat“ muß eine tiefe Urache haben; sie ist durch die Hinrichtung der beiden Unglückslichen nur ausgelöscht, nicht verursacht worden.“

Der Volksstaat empfiehlt dann, die Nacht, aus der die „rohenden Horden hervorgeschossen“ sind, mit „sozialer Ordnung und Erziehung“ zu durchstreifen. Die „rohenden Horden“, das sind die Ausgebeuteten und Unterdrückten, die vor der Klassenjustiz verfolgten Massen des Proletariats. Diese Massen haben ihre Stimme erhoben, sie haben ihrem Willen Ausdruck verliehen. Ihr Boden sind nicht gleicherlei Reden rassistischer Parlamentarier oder salbungsvoller Stribenien, die Sprache des Proletariats in seiner Empörung ist eine harde, für die bestehende Klasse unangenehme Sprache. Man fürchtet die Macht dieser Empörung, deswegen das brutale Vorgehen der Polizeikräfte an allen Stellen. Gegen die Empörung gegen die eigene Klassenjustiz erheben sich sofort alle, die eben erst „Gerechtigkeit“ beschworen: die Demokraten, die Zentrumsschriften, die Sozialdemokraten. Sie entblößen, durch die harten Klassengegnative gezwungen, ihre Heuchelei und zeigen brutal ihre kapitalistische Fratze.

Die Kommunistische Partei war die einzige Partei, die gegen den Justizmord ernsthaft kämpft, die die Heuchelei entbüßt, die Klassenfrage stellt. Deswegen holt man jetzt zum Schlag aus gegen die KPD. Ihre Stimme soll verstummen, ihre Sätze sollen keine Ausführung verbieten.

Der Schlag gegen die Kommunistische Partei, das ist der Schlag gegen die Arbeiterschaft. Weiß diesen Angriff zurück, demonstriert, protestiert in den Betrieben. Jetzt gilt es, den Kampf zu verstärken, jetzt gilt es, die Kraft des Proletariats zu zeigen. Erwacht durch Massenkundgebungen die Auflösung der Verbote.

Das war die Sprache der offiziellen SPD-Führer vor Riel. In Riel auf dem Reichsparteitag ist Otto Wels, ob derart rassistische Töne nicht ganz sonst mit Sachens Delegation umgegangen. Seit dem Riesel Parteidag gilt auch für die offizielle Sozialdemokratie, was Hilferding in seinem Referat über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“ wie folgt formulierte:

„Immer mehr unterliegt die kapitalistische Gesellschaft dem zunehmenden Einfluß der Arbeiterschaft, immer mehr steigt das politische Prinzip der Arbeiterschaft, den Staat zu benutzen als Mittel zur Leitung und Beherrschung der Wirtschaft im allgemeinen Interesse.“

Hinter diesem Satz versteckt der offizielle Parteidag Bericht ein „Bravo!“ Kein sozialdemokratischer Arbeit wird Widerstand erheben können, wenn wir behaupten, daß die offizielle Politik der offiziellen Führer der Sozialdemokratie mit dem von Hilferding vorzopfenden Unsinne übereinstimmend geführt wird.

Auf dem gleichen Unterbezirksparteitag wurde ein weiterer Antrag ebenfalls einstimmig angenommen, in dem von der Reichstagssitzung verlangt wird, der Konzessionshalle den Kampf anzusagen. Es heißt in der Entschließung:

„Der Parteidag wird beauftragt, bei den bevor-

Klassenkampfes zu einem, verfolgt die Kommunistische Partei als Ziel einzig und allein im Interesse der Arbeiterschaft. Diesem Ziel gerade entgegensetzt läuft aber das Werk der reformistischen Führer auch in Ost Sachsen, obwohl sie unter dem Druck ihrer Mitglieder auch gelegentlich recht mortadistisch aufspielen.

Es wird nicht ohne Rühen sein, daran zu erinnern, daß auf dem letzten Unterbezirksparteitag der Dresdner SPD-Organisationsamt am 24. April eine Resolution Edel einstimmig angenommen wurde, in der es heißt:

„Auch in Deutschland hat das Bürgertum glänzend verstanden, hinter der Form der Republik ein System der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterschaft aufzurichten.“

Im Gegensatz zu dieser an sich richtigen Aussage hat der Bezirksparteitag der SPD Ost Sachsen aufgefordert — Edel ist in ihm der führende Geist — am 11. August just für jene Republik zu demonstrieren, deren Inhalt die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterschaft ist. In der gleichen Entschließung Edels wird verlangt, „die kapitalistische Herrschaft zu brechen“. Das soll geschehen:

„... aber nicht nur im Geiste parlamentarischer Opposition, sondern vor allem durch proletarischen Klassenkampf auch mit außerparlamentarischen Mitteln.“